

schlechthin widersprechend in ihr Schicksal und so wurde es am Ende Brauch, die answärtige Lage in den richtigen Farben zu malen, bis dann schließlich das jähre Erwachen alle Illusionen in Berlin zerhört.

Also: Vertretung der auswärtigen Politik dabei und diplomatische Vertretung draußen müssen beide auf den richtigen Ton gekommen sein, wenn es einer Vollendung werden soll, und um seinen Preis darf das verleugnet werden, was Bismarck allen seinen Diplomaten zur überlieferten Pflicht machte: unbedingte Wahrhaftigkeit in ihren Berichten. Manche unserer alten Diplomaten besaßen unverkennbar eine gewisse Schwäche in der richtigen Beurteilung des wahren Standes der öffentlichen Meinung in dem Lande, wo sie wirkten, weil sie ihre Aufgabe zu erklaffen suchten und sah im wesentlichen bloß um den Monarchen und seine Hofgesellschaft bekümmerten. Dies muß zweifellos gründlich Wandel geschaffen werden; denn der Diplomat ist nicht bloß bei dem Souverän des fremden Landes beurlaubt, sondern bei der ganzen Nation, deren Pulsschlag er behändig fühlen soll. Ansonsten kann es nicht nutzlos schaden, wenn auch aus kaufmännischen, industriellen und parlamentarischen streifen diplomatische Vertreter entnommen werden. Auf keinen Fall darf der Adel bei der Auswahl der Kandidaten zu bevorzugt werden, das bürgerliche Element, die sich nach Geburt, Tüchtigkeit und Vermögen um diplomatischen Dienst eichen, solchen Bewerber umfassen eine Berücksichtigung erfahren. Das Verlangen aber, daß die Kreise, aus denen bloß die künftigen Diplomaten entnommen werden, mit einem Male ganz ausgeschaltet und die Diplomatie den Männern der Praxis so gut wie ausschließlich vorbehalten werden solle, geht viel zu weit. Es bedeutet nichts anderes, als daß ein neues Privileg an Stelle des alten gesetzt wird. In der nächsten Richtung bedarf Elemente ist allein die Gewähr eines guten Erfolges gegeben.

Nicht verstanden kann man ferner der neuerdings viel herrschenden Ansicht, daß der Diplomat in erster Linie wirtschaftliche Interessen wahrzunehmen habe. Dazu sind die konstanten und wirtschaftlichen Vertreter da, wenn auch eine gründliche wirtschaftliche Orientierung für jeden Botschafter und Gesandten ebenfalls notwendig ist. Die Staaten werden aber in ihrem Verkehr miteinander doch nicht allein um ausschließlich um wirtschaftlichen Fragen und Rücksichten bedacht, sondern die hohe Politik hat daneben ihr eigenes, sehr unklareres und verwickeltes Arbeitsfeld, und dieses muß der Diplomat vor allem beherrschen. Wie ein Diplomat unter Umständen als Politiker sich betätigen muß, zeigt das Beispiel des englischen Gesandten in Petersburg vor dem Kriege. Auf dessen Veranlassung und durch dessen Vermittlung wurden dem führenden russischen Parteigänger, das bauerliche den allgemeinen Zimmerratsmitgliedern, die Annäherung an England aufgegeben. 20 Millionen Mark zugewandt. Jetzt da nicht die Frage nahe, ob uns vielleicht der Zweifrontenkrieg hätte erspart bleiben können, wenn unser Gesandter in ähnlich selbstbewusster Weise sich für ein deutsch-russisches Einvernehmen ins Zeug geworfen hätte? Die Erinnerung an diese Episode beweist, wie verfehlt es wäre, wollte man die deutsche Diplomatie der Zukunft so einseitig auf das wirtschaftliche und handelspolitische Moment einstellen, wie es die Modernisierung fordert.

Wenn es so außer Zweifel steht, daß mit einem radikalen Umsturz in der Diplomatie nichts zu erreichen ist, so darf doch auch mit dringlichen Reformen und Verbesserungen nicht gespart werden. Vor allem muß mit der übermäßigen Zahl der Beamten aufgeräumt werden, die sowohl in der Berliner Zentrale, wie in den auswärtigen Konsulen zum Teil in solchen Mengen vorhanden sind, daß sie sich gegenseitig im Wege stehen und behindern. Das es sonst noch zu reformieren gibt, ist kurz vor dem Ende des Krieges in einer gemeinsamen Denkschrift der drei Kaiserhöfe eingehend erörtert worden. Der Kern der darin enthaltenen Darlegungen ist, daß den wirtschaftlichen Erfordernissen in unseren Auslandsvertretungen, namentlich in der Organisation des Konsulardienstes, bei der Vorbildung und der Tatkraft unserer Beamten, größerer Einfluß eingeräumt werden soll. Um die wirtschaftlichen Interessen auch bei unserer diplomatischen Vertretung zu übermitteln, wird vorgeschlagen, unseren Gesandtschaften Wirtschaftsoberassistenten anzuschließen, die, ähnlich den Militär- und Marineattachés, die politischen Funktionen der Gesandten zu ergänzen und in Verbindung mit dem Reichswirtschaftsamt zu stehen hätten. Es wäre auch ihre Aufgabe, die ihrer Aufsicht zu unterstellenden Konsulen mit den Ansichten der diplomatischen Stellen vertraut zu machen und sie überdies zu erhöhter Tatkraft anzuregen. Ein Hauptgewicht wird auf die Forderung gelegt, daß bei der Auswahl der Beamten im Auslandsdienst jeder Bureaukratismus zurücktritt und jeder mit allen Kreisen der einheimischen Bevölkerung und den dort ansässigen Deutschen in ständiger enger Fühlung bleibe. Wenn die baltische Denkschrift jetzt im Ausschuss des Reichstages wieder aus der Masse hervorgeht und nachdrücklich gewürdigt wird, kann sich daraus eine Reform entwickeln, die unserem ganzen ausländischen Dienst neues Leben einhauchen vermag, auf einer Grundlage, auf der die deutsche Diplomatie mit befähigten neuen Kräften aus dem praktischen Leben Hand in Hand geht und beide ohne Rücksicht dem gemeinsamen Ziele zustreben, das in der nationalen Notwendigkeit, unserer auswärtigen Politik wieder feste Fundamente zu verschaffen, gegeben ist. Die Kontrolle des auswärtigen Ausschusses, der fortan in regelmäßigen Sitzungen zusammenzutreten und zu den dringenden politischen Fragen Stellung nehmen soll, kann bei richtiger Ausübung der Durchführungs- und Wirksamkeit der Reformen nur förderlich sein.

Die neue Streikgefahr in Berlin.

Berlin, 7. Juli. Das stürmische Ergebnis der Urabstimmung über den Zuzug der Arbeiter der holländischen Arbeiter für die ausländischen Gewerkschaften hat bisher eine Mehrheit von rund drei Vierteln der Arbeiter für den Streik ergeben.

Bei der Abstimmung der Berliner Straßenbahnern ergab sich nur eine kleine absolute Mehrheit für den Streik. Nach einer längeren Aussprache mit dem Stadtverordneten Dr. Adler, der darauf hinwies, daß das holländische Verkehrsunternehmen eine neue Stärkung nicht würde überwinden können, beschlossen die Vertrauensmänner der Straßenbahn, von einer Arbeitsniederlegung abzusehen.

Eine russische Beschwerde.

Berlin, 7. Juli. Der Vertreter der russischen Sowjetregierung in Berlin, Viktor Kowp, hat in einer Note an das Auswärtige Amt gegen die Ausweisung des russischen Volksbeauftragten Kretschinski aus Bayern Beschwerde erhoben. In der Note wird besonders gegen die Behandlung Kretschinski protestiert, der von der bayerischen Polizei photographiert wurde und von dem Kaiserabdruck gemacht worden waren.

Ein wissenschaftlicher Beirat im Ernährungsministerium.

Berlin, 7. Juli. Um in der gegenwärtigen Zeit größter wirtschaftlicher Not die wissenschaftliche Forschungsarbeit hierfür als bisher an der praktischen Lösung des Problems der Volksernährung zu beteiligen, hat der Reichsernährungsminister Hermes seinem Ministerium einen Beirat zur Förderung ernährungswissenschaftlicher Tätigkeit angegliedert, der sich aus Professoren der verschiedenen Hochschulen zusammensetzt. Der Minister hofft, daß es der Mitarbeit der hervorragenden Forscher, wie sie dem Beirat angehören, gelinge, Mittel und Wege zu finden, um neue Nährstoffquellen den Menschen zu erschließen, die jetzt zur Verfügung stehen. Vorläufiger vorteilhafter als bisher anzunehmen, und das Verfahren zur Verarbeitung der Rohstoffe zweckmäßiger auszugestalten und die Lebensmittel zu zubereiten zu lassen, daß sie sowohl als nur möglich und so zweckmäßig als nur möglich vom Körper ausgenutzt werden können. (W. T. B.)

Die Schluß-Sitzung vor den Reichstagsferien.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 7. Juli. Die Frist zur Anmeldung von Berichtigungen im Auslieferungsverfahren wird entsprechend dem Londoner Abkommen bis zum 30. September dieses Jahres verlängert. Der Gesetzentwurf, wonach Privatbanken aber das in ihrem Eigentum befindliche Gold nur mit Genehmigung der Reichsregierung verfügen dürfen, wird in allen drei Lesungen angenommen. Der Gesetzentwurf betr. die Aufhebung der Bekanntmachung über die Errichtung von Betriebsverbänden in der Binnenschifffahrt wird in zweiter Lesung angenommen. Gegen die dritte Lesung wird von unabhängiger Seite Widerspruch erhoben, so daß sie erst im Herbst stattfinden kann.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die anderweitige Beschäftigung der

Veitungen und Beiträge in der Invalidenversicherung.

In einem unabhängigen Antrage, der Erhöhung der Veitungen der Invalidenversicherung verlangt und dem vom mehrheitssozialistischer Seite sehr entgegengetreten wird, erklärt Abg. Dr. Wamm (D.M.): An der Not der Invaliden nehmen wir den gleichen Anteil wie die anderen Parteien. Wir stehen aber in einer so frühen Lage, daß wir alles tun müssen, um dasjenige, was wir für die Invaliden bezweifeln, auch so zu sichern, daß es ihnen dauernd gegeben werden kann. — Abg. Karsten (M.D.): Wenn Jesus Christus das Leben würde, was Sie hier ausstreifen, dann würde er Sie aus dem Tempel herausjagen. — Die unabhängigen Anträge werden abgelehnt. Die Vorlage wird darauf gegen Unabhängige und Kommunisten angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Ausdehnung der Wohnhilfe und Wohnkaförderung. Die Abstimmung wird ausgesetzt, da Anträge noch nicht vorliegen. Anträge auf Genehmigung zur Strafverfolgung der Abg. Höllein (Komm.) und Körner (D.M.) werden abgelehnt. Es folgt die zweite Beratung des Verdrängungsschadengesetzes, verbunden damit wird das Kolonialschadengesetz, das Auslandsschadengesetz und die Entschädigungsordnung. Der Ausschuss fordert maßliche Beschleunigung bei der Festlegung von Schäden und Veranlassungen. Zu diesem Zweck soll das Reichswirtschaftsgericht erweitert werden. Im Reichstag soll ein Plan vorgelegt werden, wie die Reichsregierung eine bessere Sicherung des Rechtschutzes auf wirtschaftlichem Gebiet bewahrheiten will.

Abg. Niedmüller (Soz.) gibt im Namen aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten eine Erklärung ab, daß in den 45 ausgebreiteten Sitzungen des vom Reichstag einberufenen Ausschusses alle Parteien an der Lösung der schwierigen Frage der Entschädigung mitgearbeitet haben. Eine Ausfertigung der Fragen, die zu lösen sind, sei wegen der Geschäftsfrage in diesem Hause nicht mehr möglich. In der Lösung der Frage der Finanzierung der Entschädigungsgesetze, die eine der schwierigsten Aufgaben bei der Lösung des Gesamtproblems der Reichsfinanz bildet, soll ein Reichstagsausschuss von 15 Mitgliedern mitwirken. Die vorliegenden drei Gesetze würden in der Luft schweben ohne das vierte Gesetz.

Die Entschädigungsordnung.

Diese sei notwendig, um die Gesetze ohne Verzögerung praktisch wirksam werden zu lassen. Die Parteien, die sich an dieser Erklärung vereinigt haben, sehen von weiterer Erörterung in diesem Hause ab und bitten, allen vier Gesetzen die Zustimmung zu geben. Sie geben dabei der Hoffnung Ausdruck, daß mit diesen Gesetzen nicht nur unseren schwergeprüften Verbündeten aus Ost und West, nicht nur den um ihr Leben kämpfenden Kolonial- und Auslandsdeutschen unbedingt Kriegshilfe gewährt wird, sondern auch daß die Gesetze in ihrer Auswirkung wesentlich zur Stärkung und Förderung unserer gesamten Volkswirtschaft beitragen werden.

Das Verdrängungsschadengesetz wird darauf in dritter Lesung einstimmig angenommen. Die anderen Gesetze werden gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen. Der vom Abg. Dr. Curtius eingebrachte Gesetzentwurf über das Reichswirtschaftsgericht geht an den Rechtsausschuss. — Es folgt der Bericht des Ausschusses für Volksbildung über die

Gewerbeschulungsförderung. Der Ausschuss fordert eine planmäßige Umschichtung der Bevölkerung, Förderung des Baugewerbes in Stadt und Land, des Baues von Kanälen, den Neubau notwendiger Verkehrsstraßen, Beschleunigung der Wiederaufbau, Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten in weitem Umfang, Bildung von Arbeitsgemeinschaften durch Gemeinden, Heranziehung weiblicher Arbeitskräfte zur Hausangestelltenarbeit. Die Zahl ausländischer Arbeiter soll möglichst vermindert werden. Angelehnt werden soll eine allgemeine Erhöhung der Produktivität.

Abg. Meitner (Komm.): Der Vorschlag des Ausschusses sei in seiner Weise ausweisend zur Lösung der Arbeitslosenfrage. Die Schlichtungsanschlüsse seien nur eine Zäune des Kapitalismus. Die Betriebe würden im Profitinteresse geschlossen, die Arbeiter auf die Straße gedrückt. Abg. Thmann (Unabh.): Den Rednern habe man 12 Milliarden geschickt, um neue Schiffe zu bauen. Jetzt händen die Werften still. Nicht die notleidenden Werksarbeiter und Seeleute sämen in Betracht, sondern nur die notleidenden Reederei. (Rebhaffer Widerspruch rechts.) Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Die Regierung müsse von den Unternehmern, die Staatsaufträge erhalten, nachdrücklich verlangen, daß sie den auf gesellschaftlichen Reimommunen beruhenden sozialen Einrichtungen keinen Widerstand entgegenstellen.

Der Gesetzentwurf zur Erhöhung der Mieten der Reichstagsmitglieder wird ohne Ausprache einstimmig angenommen. Darnach werden die Mieten für die in Berlin wohnenden Abgeordneten auf 3000 Mk., für die übrigen auf 2500 Mk. erhöht. — Es folgt die Beratung der Ausführungsbestimmungen zum Verdrängungsschadengesetz. Weitere Anwendung soll bei Meinungsverschiedenheiten zwecks Verständigung mit den beteiligten Beamtenorganisationen verlangt werden.

Abg. Morath (D. Sp.) erklärt namens seiner Fraktion, daß in den vorliegenden Ausführungsbestimmungen sich solche befinden, die den Vorschriften des Gesetzes über die Beamtenbesoldung zuwiderlaufen, bzw. sie zu ungunsten der Beamten ändern. In diesem Augenblicke aber neue Verbesserungsanträge zu stellen, wäre angesichts der Haltung der Mehrheit des Hauses zwecklos, nachdem sämtliche Verbesserungsanträge in der zweiten Lesung reiflos wieder befeitigt worden sind. Die Vorlage wird darauf angenommen.

Die Gesetzentwürfe über die Gleichstellung der Frau in der Justiz und über das Branntweinmonopol, sowie das Schulgesetz werden von der Tagesordnung abgesetzt. Jährliche Mittelsitzung auf Dienstag, den 6. September, nachmittags 3 Uhr, mit der Tagesordnung: Beratung von Steuergesetzen. Sollten wichtige Ereignisse ausen- oder innenpolitischer Art eintreten, so wird die Sitzung auch früher endigen werden.

Zum Schluß gab der Präsident noch der Hoffnung Ausdruck, daß die vorausichtlich inzwischen fallende endgültige Entscheidung über das Schicksal Oberstleutnant auf Grund des Rechtes, welches die obersteinstliche Abstimmung vor aller Welt darzulegen hat, erfolge. Wir haben, fuhr er fort, vorhin einem Komplex von Gesetzen zur Annahme verholfen, die bestimmt waren, gewisse Wunden des Krieges zu heilen, weil wir alle Wunden nicht heilen können. Wir wünschen, daß die Vertriebenen, Gestraften, daß diese Völkler nunmehr mit unserer Hilfe die Möglichkeit erhalten, sich eine neue Existenz zu gründen. (Beifall.) — Schluß 5 Uhr.

Die Faschistenbewegung in Italien.

Von Graf E. v. Redwitz.

Schon am die Jahreswende 1918, als die Opfer und Miterfahrene des Krieges ihre Folgen zeitigten, schien es, als ob die innere Entwicklung Italiens denselben Weg nehmen sollte, wie die der übrigen Länder des ehemaligen Dreiperders. Die Enttäuschungen, die der Friedensschluß brachte, wirkten weiter in dieser Richtung und wurden von den Sozialisten für ihre Zwecke noch kräftiger ausgenutzt. Die Zahl der Unzufriedenen mehrte sich in beängstigender Weise und das Ende war ein hartes Anzeichen der Linken, die dann auch in das erste Friedensparlament Italiens in nie geheimer Stärke einzog. Ihrer Sache in der Kammer gewiß, entwickelten die vereinigten sozialistischen Parteien überall im Lande eine schieferhafte Tatkraft. Durch Streiks, Sabotageakte und Unruhen löste den Bankrott Italiens die Macht des Proletariats eindringlich vor Augen geführt, das Vorkommen eingeschüchtert und so in Italien daselbst vorbereitet werden, dessen sich die „Genossen“ in Deutschland, Österreich und Ungarn rühmten. Damals, als die bolschewistische Welle drohend um das Kavital brandete, sah Professor A. Mussolini in Italien das, was uns im Norden fehlte: eine Kampfruppe gegen die Revolution, bestehend aus national gestimmten Männern, die bestimmt war, überall dort zur Stelle zu sein, wo die Revolution sich aufmachte, einen Stachel zu führen. Die fasces, das Bündel der römischen Viktoren, die sie sich zum Zeichen erwählten, sollten sie erinnern an die Größe des alten Rom, dem der Mut und Vorkühn seiner Bürger den Welttrieb dienbar gemacht; ihnen wollten sie es gleichmü, wie sie zusammenhingen und alles einziehen für ihr Vaterland. Die faschistische Bewegung wurde vom Volke mit Begeisterung begrüßt, sah man doch in ihr eine gesunde, harte Reaktion gegen die drohende bolschewistische Gefahr. Das italienische Vorkühn schloß sich zusammen ohne Hintergeden der Partei und nahm sofort auf breiter Front entblossen den Kampf auf gegen die Kräfte des Unfortschritts. Und siehe, als die organisierte Linke zum ersten mal auf ein organisiertes Bürgerium stieß, trat unspöttisch die Ernüchterung ein, man begann zu begreifen, daß die Zahl der Sozialisten in keinem Verhältnis zu ihren Forderungen und die Einsichten unter ihnen, die zur Verständigung mit den Bürgerlichen rieten, gewonnenen Einfluß; Die Umsturzgefahr war befeitigt.

Bewußt ist dieser Sieg der vereinigten bürgerlichen Parteien den Anstrengungen aller zu danken und nicht auf das Konto der Faschisten zu setzen, wie diese es gerne sehen würden. Aber es ist auch nicht zu verkennen, daß die Männer des fasces an der Abwehr der Umsturzgefahr hervorragenden Anteil haben. Denn sie waren es, die als die Sturmtruppe des Bürgeriums überall in erster Reihe standen und den Kampf Mann gegen Mann durchfochten. Ein anderes freilich ist, wie viel sie in dieser Stellung der Sache geschadet haben, für die sie kämpften. Denn nur zu bald, durch ihre ersten Siege übermütig geworden, suchten sie weitere Erfolge mit Mitteln und auf Gebieten, die ihnen nicht bestimmt sein konnten. Sie bekämpften den Gegner nicht nur in Reden und Schriften, sondern auch und vor allem mit viel drastischeren Beweismitteln, mit Handgranaten und Repetierpistolen, also mit denselben Waffen, deren Verwendung im politischen Streite sie bisher so sehr bekämpft hatten. Sie unternahmen mit fliegenden Kerzen vorbereitete Überfälle auf rote Ortschaften und Städteviertel, wo es dann überall in erbitterten Kämpfen kam, die in der Regel mit der Zerstörung der sozialistischen Vereins- und Zeitungshäuser endigten. Als hunderte von Gebäuden in den verschiedensten Städten Italiens ein Raub der Flammen geworden waren, kam es dann endlich so weit,

daß niemand, der den Mut hatte, sich als Sozialist zu bekennen, davor sicher war, von Faschisten auf offener Straße angegriffen und niedergeschlagen zu werden. So wurde das Volk mit Schrecken inne, daß es für den roten nun den faschistischen Terror eingetauscht habe und da die Regierung den Gewalttätigkeiten der Faschisten noch weniger Widerstand entgegensetzte wie früher dem Treiben der Sozialisten, schritt eben auch jetzt wieder das Volk zur Selbsthilfe — und bei den letzten Kammerwahlen zählte man mit Stauen bedeutend mehr Stimmen für die Sozialisten, als diese selbst erwartet hatten.

Solange sich die Faschisten auf ihre ursprüngliche Aufgabe beschränkten, nämlich im Verein mit den übrigen bürgerlichen Parteien durch Hebung des nationalen Bewußtes und Stärkung des vaterländischen Gedankens die Wiederkehr von Ruhe und Ordnung vorzubereiten und das italienische Volk für eine fröhliche nationale Politik reif zu machen, solange war diese Bewegung an begründen und niemand in- und außerhalb Italiens konnte gegen sie etwas einwenden. Das hat aber die offizielle Politik Italiens dazu, wenn die Faschisten nun seit Monaten eine Politik treiben, die derjenigen der Regierung diametral widerläufig? Wenn die Faschisten ihre Aufgabe darin erblicken, den inneren Frieden des Landes durch Gewalttätigkeiten zu stören, und ihre Sagenen dahin auslegen, daß unter den äußeren Feinden Italiens die sie bekämpfen wollen, die Deutschen zu verstehen seien? Tatsächlich wird von den Männern um Mussolini der Kampf gegen die Deutschen, besonders aber gegen die Deutschen in Italien in einer Weise geführt, die an die schlimmsten Zeiten des Krieges erinnert. Vor allem richtet sich die Wut dieser Leute gegen das von Italien geraubte Südtirol mit seiner deutschen Bevölkerung. In dem Kampf gegen diese „Fremden“ erscheint den Faschisten jedes Mittel gut genug, auch hier scheuen sie vor keiner Gewalttat zurück und die Brutalität in Vogen ist ein ewiges Denkmal jenes ungehemmten Hasses, den diese Männer überall dort Ausdruck geben, wo sie Deutschen begegnen. Auch in der italienischen Kammer, in welche die Deutschen wie die Faschisten nun zum ersten Male eingezogen sind, haben diese keinen Zweifel darüber gelassen, welche Stellung sie diesen Deutschen und Deutschland gegenüber einnehmen gedenken; und es ist zu befürchten, daß sie dort im Verein mit anderen Deutschen alles aufbieten werden, jede Verständigung zwischen Deutschland und Italien unmöglich zu machen. Aber es ist doch fraglich, ob sie wirklich imstande sein werden, ihren „alten“ Willen durchzusetzen und die Regierungen zwischen Deutschland, Deutsch-Oesterreich und Italien dauernd zu veranlassen. Denn der Faschismus hat sich überlebt und dürfte auch mit Anwendung so harter Reformmittel, wie Deutschenbege, Opposition gegen die Regierung, Wirtschaftsreform usw. nicht mehr allzuvielen neue Anhänger gewinnen. Selbst von den letzten 35000 Jüngern Mussolinis werden nicht wenige sich abwenden und umkehren, wenn das eintritt, was kommen muß: der offene Kampf zwischen der Regierung und dem fasces. Denn weder das Kabinett Bonomi noch irgend ein, das ihm einmal folgen wird, wird es dulden können, daß eine Partei sich als staats-erhaltendes Element gibt und für sich Stimmung macht, die den Kampf gegen die Staatsform offen auf ihre Fahne geschrieben hat. Denn die Faschisten sind Republikaner und als solche Gegner nicht nur des italienischen Absolutismus, sondern der letzten Staatsverfassung überhaupt. Auch hier machen sie kein Hehl daraus, daß sie ihren Willen durchsetzen wollen, selbst mit Gewalt. Aber das italienische Volk will Ruhe, will aufbauen und arbeiten und wird sehr wahrscheinlich wenig Lust empfinden, von einigen Reihspornen sich in Abenteuer hineinziehen zu lassen — für den Ruf des fasces.